Diskussion

Zeitschrift für **Semiotik**

Band 40 • Heft 1-2 (2018) Seite 91-102 Stauffenburg Verlag Tübingen

Brauchen wir individualisierte Krankenversicherungs-Tarife in Form von Smartwatches? Protokoll einer Debatte

Sven Jentzsch, Franziska Sieb, Frederica Tsirakidou, Martin Möller, Alexander Danner, Berit Stier und Julius Trautmann, Eberhard Karls Universität Tübingen

Summary. As part of the conference "Surveillance 2.0 – Zwischen Kontrolle und Komfort" at the Eberhard Karls University of Tübingen, six Masters students of Media Science participated in a public debate. They discussed the issues of individualised health insurance rates which are linked to behaviour data measured by smartwatches. Pros and cons were presented in three turns on each side. The arguments dealt with this specific form of surveillance and its potential effects on collective benefits and individual freedom. The government emphasises the encouragement of healthy living, social fairness and prevention of diseases, while the opposition counters particularly with privacy concerns, relentless health pressure as well as ethical and moral risks of that kind of surveillance. The debate's protocol and a preface about debating culture will be provided below.

Zusammenfassung. Im Rahmen der Tagung "Surveillance 2.0 – Zwischen Kontrolle und Komfort" der Eberhard Karls Universität Tübingen fand eine öffentliche Debatte zwischen sechs Masterstudierenden der Medienwissenschaft statt. Gegenstand dieser Debatte war die Frage nach einer Einführung von individualisierten Krankenversicherungstarifen, die sich an von Smartwatches gemessenem Verhalten orientieren. In drei Durchgängen wurden abwechselnd Pro- und Contra-Argumente debattiert, wie diese Form von Überwachung zwischen kollektivem Nutzen und persönlicher Freiheit eingeordnet werden kann. Während die Regierung die Förderung von Gesundheit, soziale Gerechtigkeit und Prävention von Krankheiten als zentrale Punkte anführt, kontert die Opposition mit Datenschutzbedenken, permanentem Gesundheitszwang und ethischen wie moralischen Problematiken dieser Überwachung. Das Protokoll der Debatte wird hier mit einem Vorwort zur Debattenkultur wiedergegeben.

Vorwort

Wer kritische Stimmen zum aktuellen Zustand politischer Debatten sucht, muss nicht lange suchen: Im August beklagte ein Leitartikel der Augsburger Allgemeinen: "Unsere Debattenkultur ist überdreht" (Schmitz 2019). In den Augen von Kathrin Werner in der SZ ist sie hingegen "verkümmert" (Werner 2019). Peter Maxwill im *SPIEGEL* sekundierte, immer mehr Menschen würden sich aus dem öffentlichen Meinungsaustausch zurückziehen (vgl. Maxwill 2019). Die aufgeworfenen Schlagworte lauten Filterblasen, Internethetze, Fake News, Donald Trump. Die Kommentatoren sind in ihren Befunden nicht kohärent, und es wäre auch zu fragen, ob es sich um ein genuin neues Phänomen handelt – beides soll hier aber nicht weiter vertieft werden. Zusammenfassend lässt sich folgende Beschädigung unserer Streitkultur konstatieren: Fehlende Toleranzbereitschaft für andere politische Haltungen erzeugt vermiedene oder nur scheinbare, von persönlichen Attacken geprägte Debatten und umgekehrt.

Dies gefährdet unsere Demokratie, denn für diese ist die öffentliche Debatte – verstanden als kontroverse, aufeinander bezogene Bearbeitung von Entscheidungsfragen (vgl. Kemmann 2006: 56) – konstitutiv. Ihre Aufgabe ist "den Bürgern Entscheidungsoptionen an[zu]bieten, die dann durch Wahlen ihren Willen kundtun können" (Kramer 2006: 71). Bleibt die Debatte also aus oder wird unter verkehrten Bedingungen geführt, behindert dies die demokratische Willensbildung. Das ist zum Beispiel im Bereich Überwachung fatal, wenn die Grenzen zwischen kollektiver Sicherheit und persönlicher Freiheit ausgelotet werden sollen.

Einen Versuch, eine geregelte Debattenkultur wieder in die Gesellschaft zu tragen, unternimmt der Debattiersport, der sich in den vergangenen Jahrzehnten von Großbritannien auch nach Deutschland ausgebreitet hat (vgl. Kemmann 2006: 62–65).

Er beruht auf den folgenden Prinzipien:

- 1. Die dortige Debatte steht jedem offen, unabhängig von politischer Erfahrung. Die dahinterstehende Grundannahme ist, dass jeder Bürger eine Auseinandersetzung mit dem Thema vorausgesetzt in der Lage ist, sich argumentativ dazu zu äußern.
- Die Debattenteilnehmer werden einer Position zugelost, die sie vertreten sollen. Sie sollen so herausgefordert werden, sich bisweilen über "perspective taking" (Batson 2009: 267–279) in andere Meinungen hineindenken zu müssen und so ihre politische Empathiefähigkeit zu erhöhen.
- 3. Die daran anschließende Debatte folgt klaren Regeln: Beide Seiten haben aufeinander folgende, gleiche Redezeit; Fehlverhalten wie persönliche Angriffe werden sanktioniert.¹
- Am wichtigsten ist der Schritt danach: Man könnte einwenden, dass das agonale, wettkampfbasierte Setting eher eine Verhärtung der Positionen mit sich ziehe. Tatsächlich führt die Debatte aber nicht obwohl, son-

dern gerade weil sie "den jeweiligen Konflikt pointiert herausstell[t]" (Kramer 2006: 71) dazu, dass die Zuhörer und Teilnehmer "das verhandelte Problem sowohl rational wie emotional bewerten können" (Kramer 2006: 75) und so Verständigung möglich wird (für eine genauere Auseinandersetzung zum Verhältnis zwischen Debatte und Verständigung vgl. Kramer 2006): Je mehr sich beide Seiten bemüht haben, ihre Position glaubhaft und überzeugend zu vertreten, desto eher wird es möglich, beide Positionen nachzuvollziehen, selbst wenn man seine Meinung nicht ändern sollte.

Eine Annäherung an eine solche Form des Debattierens wurde in vergangenen Semestern von Studierenden der Medienwissenschaft in Tübingen vorgenommen. Sechs Studierende ohne Debattier-Vorerfahrung wurden je zur Hälfte der Pro- und der Contra-Seite ("Regierung" und "Opposition") zugeteilt. Der Gegenstand ihrer Debatte: Ein in den letzten Jahren zu beobachtender Trend, dass Krankenversicherer gezielt den Kauf von Smartwatches und Fitnessarmbändern fördern und gesundes Verhalten ihrer Versicherten belohnen (vgl. Austin 2019; Anonym 2016). Dieses Themenfeld berührt gleichzeitig viele Bereiche – Gesundheit, Datenschutz und sozioökonomische Erwägungen. Die Streitfrage lautete: Wäre eine Zukunft wünschenswert, in der individualisierte Krankenversicherungstarife existieren, die sich nach dem von Smartwatches protokollierten Verhalten bemessen? Nach Vorbereitung im Team veranstalteten die Studierenden dazu eine halbstündige Live-Debatte vor Publikum.

Diese Debatte finden Sie im Folgenden in verschriftlichter Form. Sie hat nicht den Anspruch, eine politische oder juristische Expertendiskussion zu ersetzen, sondern soll vielmehr Argumente zu diesem Thema zugänglich machen und zur weiteren Auseinandersetzung mit demselben anregen.²

Anfangsrede der Regierung (Franziska Sieb)

Immer mehr Menschen tragen auch in Deutschland Smartwatches – und das ganz freiwillig. Sie sind nützlich, denn sie zeigen uns, ob wir uns genügend bewegen oder nicht. Wir von der Regierung plädieren dafür, die Krankenkassenbeiträge mit Hilfe der Daten von Smartwatches individuell an den Versicherten anzupassen. In Deutschland ist die Krankenversicherung gesetzlich geregelt. Diese gesetzlichen Krankenkassen werden durch das sogenannte Solidaritätsprinzip und eben nicht nach Krankheitsbild finanziert. Diese Art der Finanzierung hat zum Ziel, Krankheitskosten für alle bezahlbar zu machen. An diesem Prinzip wollen auch wir nichts ändern – aber Krankenkassen bieten Zusatzleistungen und seit 2015 ist es ihnen ebenfalls erlaubt, Zusatzbeiträge zu erheben. Hierdurch erhofft man sich, das Kostenbewusstsein der Versicherten anzusprechen. Genau diese Zusatzleistungen und Zusatzbeiträge sollten in unseren Augen individuell angepasst werden: Denn warum sollten gesund lebende Menschen genau-

so viel zahlen wie Menschen, die einen schlechten Lebenswandel haben? Und würde eine individuelle Anpassung der Beiträge nicht vielleicht sogar viele Menschen dazu motivieren, gesünder und mit mehr Bewegung zu leben?

Schon heute zahlen viele Krankenkassen Prämien für gesundheitsfördernde Maßnahmen. Sie geben bereits Geld zu Fitnessarmbändern usw. dazu. Dies würden die Krankenkassen nicht tun, wenn sie sich dadurch nicht weniger Ausgaben bei den Krankheitskosten der Versicherten versprechen würden. Wenn Krankenkassen bereits solche gesundheitsfördernden Fitnesstracker finanzieren, warum sollten sie dann nicht auch von den Daten profitieren?

Smartwatches motivieren durch die Visualisierung der Bewegung zu einem gesünderen Lebensstil. Wenn ich den ganzen Tag am Schreibtisch saß oder auf der Couch lag und abends sehe, dass ich mich heute kaum bewegt habe, bin ich durch die Visualisierung der fehlenden Bewegung vermutlich eher motiviert, abends nochmal eine Runde um den Block zu laufen. Ohne die Visualisierung der Smartwatch ist mir aber häufig gar nicht oder zumindest weniger bewusst, wie wenig ich mich bewegt habe. Doch bereits wenig Bewegung kann Krankheiten im Vergleich zu gar keiner Bewegung vorbeugen. Übergewicht, welches häufig durch zu wenig Bewegung verursacht ist, ist in vielen westlichen Ländern eines der größten Gesundheitsprobleme, aus welchem viele weitere Erkrankungen resultieren können. Würde die Krankenkasse Fitnessbänder an jeden ihrer Versicherten herausgeben, könnten auch einkommensschwache Menschen von den Vorteilen dieser Tracker profitieren. Durch das kostenfreie Armband würde auch ihnen die Möglichkeit gegeben, ihre Bewegung zu visualisieren.

Durch gesündere Menschen sparen Krankenkassen viel Geld. Dies würde wiederum geringere Beiträge für alle Versicherten bedeuten. Die Versicherungen müssten weniger Geld für die Behandlung ihrer Kunden ausgeben, da diese seltener krank werden. Zudem müssen Krankenkassen seltener Lohnausgleichszahlungen tätigen, und auch die Wirtschaft insgesamt würde durch die selteneren Krankheitsfälle dank der Fitnessarmbänder profitieren: Weniger Arbeitnehmer fallen wegen Krankheit aus, wodurch die deutsche Wirtschaft jährlich mehrere Millionen sparen würde.

Ein weiterer positiver Nebeneffekt: die gesammelten Daten der Krankenkasse können Ärzten und Versicherten zur Verfügung gestellt werden, wodurch Krankheiten frühzeitiger und besser erkannt werden könnten. So würden nicht nur die Krankenkassen, sondern auch der Versicherte selbst von den Daten der Smartwatch profitieren. Sie hätten bessere Behandlungschancen. Schließlich ist es meistens leichter, Krankheiten in einem frühen Stadium zu behandeln als in einem späteren. Wenn die Daten ständig aufgezeichnet und geprüft werden, fallen bereits leichte Unregelmäßigkeiten auf, die ein Indiz für eine schwere Krankheit sein könnten. Diese Früherkennung würde erneut zu geringen Ausgaben der Krankenkasse führen, da Behandlungen von früh erkannten Krankheiten häufig viel preiswerter sind als Behandlungen in einem späteren Krankheitsstadium. Wie

Smartwatches Leben retten können, soll an Hand eines Beispiels, über welches Huffpost.com am 22. September 2015 berichtete, verdeutlicht werden: Im Jahr 2015 spielte der damals 18-jährige Paul Houl im Football-Team seiner Schule. An einem heißen Sommertag absolvierte er zwei Trainings und fühlte sich im Anschluss nicht gut. Er dachte, er sei lediglich ein bisschen aus der Übung – ging duschen und legte sich kurz schlafen, als er später aufwachte checkte er seine Apple Watch. Diese zeigte ihm, dass seine Herzschlagrate viel zu hoch war. Nach Rücksprache mit seinem Trainer und der Schulkrankenschwester fuhr er in die Notaufnahme, wo eine Rhabdomyolyse festgestellt wurde. Mit Rhabdomyolyse wird in der Medizin die Auflösung quer gestreifter Muskelfasern bezeichnet, zu welchen u.a. die Herzmuskulatur zählt. Wäre Houle nicht durch seine Apple Watch auf die Unregelmäßigkeit so frühzeitig aufmerksam gemacht worden, wäre er vermutlich gestorben. Man sieht also, Smartwatches können Leben retten!

Neben den lebensrettenden Funktionen so einer Smartwatch, zeigt das Beispiel von Houle auch, dass bereits viele Menschen sowieso schon eine Smartwatch tragen. Ungefähr ein Drittel der Menschen wären dazu bereit, die gesammelten Daten des Fitnesstrackers an ihre Krankenkasse zu übertragen, wenn sie davon profitieren könnten. Dies zeigt eine Studie des Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (bitkom) aus dem Jahr 2016.

Es bleibt also festzustellen, dass das Gesundheitssystem durch individualisierte Versicherungsbeiträge gerechter werden würde. Durch die Individualisierung der Beiträge müsste jeder Versicherte für sich selbst und seine Handlungen Verantwortung übernehmen.

Anfangsrede der Opposition (Frederica Tsirakidou)

"Brauchen wir individualisierte Krankenversicherungs-Tarife?"— Die Frage, die wir von der Opposition uns stellen, ist, wann Überwachung problematisch wird. Wann gehen wir einen Schritt zu weit? Wann befinden wir uns mitten in der Dystopie, die Werke wie 1984 vorausgesagt haben? Denn ja, "Big Brother is watching you". Noch werden wir nicht wie im Orwell Klassiker 24/7 über den Teleschirm überwacht: aber Armbänder, die die Gesundheit messen, sind schon ein grundlegender Schritt in die falsche Richtung. Ich wertschätze die Argumente der Regierung, aber es tut mir leid, der Zweck heiligt nicht die Mittel. Gesundheit sollte nicht zum Preis von Überwachung zu haben sein. Wenn wir heute Armbänder unsere Gesundheit messen lassen, wo werden wir dann morgen sein? — Werden wir Kameras einsetzen, die Kranke zuhause überwachen, wie in einem anderen dystopischen Roman: *The Circle*? Nun sind aber diese Romane bald keine Fiktion mehr, sondern ein Abbild der grausamen Realität.

Denken wir über die Konsequenzen nach, die entstehen, wenn wir die individualisierten Krankenversicherungs-Tarife einführen: Ja, wir erhalten individuelle Pflege, aber wir geben unsere Daten ab, machen uns zum frei-

willigen Versuchskaninchen. Man stelle sich hierbei die Frage, wer die Daten bekommt. Unsere Daten gehören nun der Forschung und Medizin. Verdammt krank, oder? Einzelne Daten können miteinander verknüpft werden, demographische Bilder können kreiert werden – vielleicht ein Fortschritt in der Medizin, aber definitiv ein Schritt Richtung 1984. Dieses Prinzip sieht man mittlerweile häufig, frei nach dem Motto 'gib mir deine Daten und ich helfe dir', bequeme Dienstleistungen gegen Daten auszutauschen. Firmen wie MyHeritage oder 23andme versprechen beispielsweise eine detaillierte Analyse der DNA, man erfährt wo seine ethnischen Wurzeln liegen und ob man Erbkrankheiten hat. Ein verlockendes Angebot, aber zum Preis der eigenen DNA, die jetzt in den Händen der Firma liegt! Maschinen vergessen nicht: Stellen Sie sich ein Gespräch beim Arzt in der Zukunft vor, der plötzlich alles über ihre Jugendsünden weiß. Wenn Sie von den Krankentarifen profitieren wollen, müssten Sie also eigentlich Ihr ganzes Leben gesund leben!

Die Armbänder zwingen die Versicherten also zur Gesundheit. Und dieser Gesundheitszwang geht weit über den bereits existierenden sozialen Zwang auf Social Media hinaus – denn es ist ein Zwang, der durch Überwachung geschieht! Wenn Sie sich gesund ernähren und gesund leben, dann zahlen Sie weniger. Gut für die Armen? Na, dann messen Sie doch mal die Werte eines Fabrikarbeiters, der lange arbeitet, wenig schläft und sich von billigem Essen ernährt. Die Arbeit der Armen fordert den Körper, ergo schlechtere Werte auf dem Armband, ergo mehr bezahlen. Wer arm ist, wird hier eher noch ärmer und für Detox-Kuren, um die Werte aufzubessern, ist hier einfach das Geld nicht drin. Und die Schere zwischen Arm und Reich? Sie geht noch weiter auseinander! Willkommen in der Dystopie. Von behinderten, chronisch kranken und depressiven Menschen muss ich gar nicht erst anfangen, sie werden für etwas bestraft, wofür sie nichts können. Die neue digitale Gesellschaft zielt auf den Außenseiter, statt ihn zu schützen!

Ein weiterer Nachteil ist die Umsetzbarkeit: Wir behaupten, Geld kann besser eingesetzt werden als in die Verbreitung von Überwachungsarmbändern. Davon abgesehen, das Armband ersetzt keinen Arzt, es kann nicht alles messen und es kann vor allem nicht so genau messen, wie ein Arzt messen könnte, ebenso kann es kein menschliches Urteil ersetzen. Die Armbänder sind aber da, immer und überall. Sie folgen Ihnen zur Arbeit, sind an Ihrem Handgelenk, wenn Sie schlafen.

Abschließend kann ich sagen, dass vermeintliche Vorteile digitaler Dienstleistungen oft an Zwang und Überwachung gekoppelt sind. Urplötzlich hat man sich die Online Banking App oder das ein oder andere ach so praktische Feature aufschwatzen lassen. Warum? Es geht nicht anders! Der Zugriff auf analoge Alternativen wird immer komplizierter, oft heißt es dann "mit dem Strom schwimmen oder sterben". Aber Gesundheit sollte in keinem Fall nur zum Preis von Überwachung verfügbar sein!

In der digitalen Gesellschaft wird uns oft eine Art 'Detachment', eine Ablösung von der materiellen Sache vorgeworfen. Aber unsere Gesund-

heit sollte beim besten Willen nicht nur aus Zahlen bestehen; nicht von einer Smartwatch gemessen werden, denn die Würde des Menschen ist ja bekanntlich unantastbar.

Antwort der Regierung (Martin Möller)

Meine sehr verehrten Damen und Herren; in ihrer Anfangsrede hat unsere geschätzte Opposition behauptet, Fitnesstracker würden es einfacher machen, Leute auszuspionieren. Tatsächlich ist auch die Regierung der Meinung, dass Fitnesstracker im schlimmsten Fall ein Risiko für die Privatsphäre ihrer Nutzer sein können. Allerdings möchten wir von der Regierung die Opposition daran erinnern, dass es in unserem Alltag seit Jahren bereits ein anderes Gerät gibt, das ein wesentlich größeres Sicherheitsrisiko darstellt und das so gut wie jeder von uns täglich benutzt. Sie alle tragen es mit großer Wahrscheinlichkeit gerade in ihrer Tasche, meine Damen und Herren: Das Smartphone.

Denn auch das für unsere moderne Gesellschaft so wichtig gewordene Smartphone birgt in der Realität eine Vielzahl an Risiken im Hinblick auf den Datenschutz. Tatsächlich sind unsere Smartphones sogar noch um ein Vielfaches unsicherer als ein Fitnesstracker, da sie von Hackern wesentlich einfacher ausspioniert werden können als besagter Fitnesstracker, und zudem auch noch wesentlich mehr persönliche Daten, wie Anschrift, E-Mail-Adresse und diverse wichtige Passwörter, gespeichert haben. Wenn Smartphones datenschutztechnisch nun aber sogar noch gefährlicher als Fitnesstracker und zudem auch noch weitaus verbreiteter sind, warum würde dann niemand von uns auch nur im Traum daran denken, sie ebenfalls zu verbieten?

Die Antwort auf diese Frage ist einfach, meine Damen und Herren. Smartphones sind für unsere Gesellschaft so unglaublich wichtig geworden, dass sie für unser Leben weitgehend überlebensnotwendig geworden sind. Und genau diese Bedeutung messen wir von der Regierung auch der neuen Technologie der Fitnesstracker zu. Denn wie wir bereits gehört haben, retten Fitnesstracker nachweisbar Leben. Und auch wenn wir von der Regierung die Befürchtungen der Opposition in Sachen Datenschutz teilen, so sind wir gleichzeitig auch der Ansicht, dass das Retten von Menschenleben um ein Vielfaches wichtiger als datenschutzrechtliche Bedenken ist – die, wie ich Sie erinnern möchte, zu diesem Zeitpunkt lediglich Bedenken sind.

Darüber hinaus möchten wir die Opposition an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, dass ein Drittel aller Erwachsenen auch ohne unseren Vorschlag bereits mit Hilfe diverser Fitnessapps eine Art Fitnesstracking betreibt. Die gesundheitlichen Daten dieser Leute sind also schon in Umlauf. Wenn all diese Daten also bereits in Umlauf sind, warum sollten die Leute dann nicht wenigstens von ihren Daten profitieren dürfen? Zusätzlich wären die Daten jener Leute, die bereits Fitnesstracking betreiben, auf den Fit-

nessarmbändern, die unser Vorschlag anbietet, wesentlich sicherer, als auf ihrem Smartphone, weshalb unser Vorschlag auch in Bezug auf Datenschutz von Vorteil ist.

In ihrer Anfangsrede sprach die Opposition zudem davon, Smartwatches würden kranke oder unsportliche Patienten benachteiligen. Die Opposition scheint dabei leider vergessen zu haben, dass sich bei den von uns geforderten Krankenkassentarifen, wie schon zuvor erwähnt, der Versicherungsbeitrag nur verbessern, jedoch nicht verschlechtern kann. Dass Kranke aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes mehr Geld bezahlen müssen, ist also vollkommen unmöglich. Tatsächlich würde unser Vorschlag eine Anpassung der Krankenkassentarife jenen Kranken und Unsportlichen, welche die Opposition durch unseren Vorschlag benachteiligt sieht, sogar helfen. Denn dadurch, dass sich dank der Smartwatches mehr Versicherte für einen gesünderen Lebensstil entscheiden werden, müssten die Krankenkassen auch weniger Geld für deren Behandlung ausgeben, wodurch wiederum mehr Geld für die Behandlung von ebenjenen Kranken und Unsportlichen zu Verfügung stünde.

Antwort der Opposition (Alexander Danner)

Der Büroarbeiter ist also in der Argumentation der Regierung mehr wert als der Handwerker oder Industriearbeiter. Nicht nur, dass der Handwerker oder Industriearbeiter einen niedrigeren Bildungsabschluss hat, sondern auch durch die höhere Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz wird der Industriearbeiter oder Handwerker diskriminiert. In der Schweiz sind bis zu 6000 mg Feinstaub am Arbeitsplatz erlaubt. Handwerker und Industriearbeiter sind höheren körperlichen Belastungen und auch gesundheitlichen Risiken wie etwa dem Feinstaub ausgesetzt. Die Lebenserwartung ist bei dieser Berufsgruppe deutlich geringer. Die Regierung diskriminiert damit vorsätzlich alle Handwerker und Industriearbeiter und deren Arbeit, die durch gesundheitliche Einschränkungen in ihrem Job ein schlechteres Gesundheitsbild abgeben werden – und dadurch mehr bezahlen müssen.

Ich möchte keine Gesellschaft haben, in der wir am Ortseingang Schilder aufhängen müssen und die Städte nur für Büromitarbeiter frei sind, weil deren Arbeit ja viel gesünder ist. Es wird ein Gesundheitspass kommen, der dann Privilegien vergibt. Gesundheit darf kein Gut sein, das gewisse Berufe diskriminiert. Ein Mensch ist kein Diesel-Fahrverbot.

An dieser Stelle möchte ich die fiktive Geschichte von Tom erzählen. Tom ist ein aufstrebender junger Mann. Sportlich aktiv, lebt gesund und will sich diesen Monat auf eine Stelle bei der Staatsanwaltschaft bewerben. Tom freut sich schon auf die Arbeit. Als einer der Besten hat er sein Jurastudium abgeschlossen, auch sonst ist er sehr gewissenhaft. Er hat sein Studium mit diversen Auszeichnungen beendet. Die Chancen stehen also sehr gut. Also bewirbt er sich. Er bekommt am selben Tag noch eine Absage, mit der Begründung, dass seine gesundheitlichen Voraussetzungen zu

schlecht seien, er würde nicht die Lebenserwartung eines durchschnittlichen Arbeiters erfüllen und hätte ein hohes Risiko, frühzeitig an Leukämie zu erkranken. Tom bekommt diesen und viele weitere Jobs nicht.

Unsere geschätzte Regierung wird jetzt sagen, das ist ja eine fiktive Geschichte, die unvorstellbar ist. An diesem Punkt würde ich gerne auf das Punktesystem in China verweisen. Bürger in China müssen sich bald ein Führungszeugnis zur "sozialen Vertrauenswürdigkeit" ausstellen lassen, basierend auf einem Punkte- und Benotungssystem zum Verhalten, das dem Arbeitgeber vorgelegt werden muss. Glauben Sie bloß nicht, dass die Fitnessüberwacher am Handgelenk nicht zu einem "Gesundheitszeugnis" führen! Aber ich möchte hier die Frage aufwerfen: Wird es den Menschen mit diesem Druck besser gehen? Beantworten Sie Sich diese Frage selbst.

Schlussrede der Regierung (Berit Stier)

Mit den individuell angepassten Krankenkassentarifen haben wir endlich eine wirksame Lösung gefunden, wie viele Menschen dazu motiviert werden können, gesünder zu leben, und das auf freiwilliger Basis. Sie kennen alle diese furchtbaren Bilder auf den Zigarettenpackungen, die Menschen vom Rauchen abschrecken sollen. Dank des angepassten Krankenkassentarifs kann der gesunde Lebenswandel aus einer rein positiven Motivation heraus entstehen – nämlich einfach um Geld zu sparen –, um dafür belohnt zu werden, dass man sich um sich selber und seine Gesundheit kümmert. Drei der häufigsten Krankheiten unserer Gesellschaft sind Diabetes, Fettleibigkeit, die oft zu Herzkrankheiten führt, sowie Rückenleiden. Und wie Sie eben schon gehört haben, ist die Unterstützung im Kampf gegen diese Krankheiten auch enorm wichtig. Dass durch dieses System höchstwahrscheinlich mehr Menschen eine gesunde Lebensweise, sprich mehr Bewegung, gesünderes Essen usw., verfolgen werden, sollte daher an sich schon Argument genug sein.

Aber dieses System birgt weitere enorme Vorteile: Einmal wäre da die soziale Fairness: Warum sollten Menschen, die gesund leben, genau so viel zahlen wie Menschen, die sich ungesund ernähren, rauchen und ihrer Gesundheit offensichtlich durch ihren Lebensstil schaden? Es ist durch eine Wristly-Studie erwiesen, dass Leute, die eine Fitnesswatch tragen, dadurch sowieso schon gesünder leben, warum also darf das nicht begünstigt werden?

Durch mehr gesunde Menschen spart die Krankenkasse wie gesagt auf Dauer außerdem auch Geld – und das kann sie dann anderswo sinnvoll anlegen, wie beispielsweise die Krankenkassenbeiträge generell senken. Und dadurch profitieren dann auch einkommensschwächere Menschen davon.

Und ja, wie bei allen Daten, die wir preisgeben, müssen auch hier die Daten geschützt und die Anonymität gewahrt werden. Aber Gesundheit und Fairness sind genauso wichtig wie gesicherte Daten. Und mit den Daten, die die Krankenkasse hat, können nicht nur Tarife angepasst werden, sondern sie könnten auch Ärzten zur Verfügung gestellt werden. Stellen Sie sich vor, Sie kommen ins Krankenhaus, müssen schnell behandelt werden, aber der Arzt muss erstmal herausfinden was Sie überhaupt haben. Hätte er aber Zugriff auf diese technisch sehr genauen Daten, die die Krankenkasse dank des Tarifs von Ihnen hat, könnte er viel schneller handeln und Sie behandeln. Ärztliche Besuche werden dank des höheren Datenvolumens allgemein also viel effizienter.

Durch individuell angepasste Krankenkassentarife, die sich nach den übertragenen Daten der Fitnesswatches richten, haben wir also größere soziale Fairness: Jeder ist für sich selbst verantwortlich. Außerdem haben wir durch die finanziellen Einsparungen einen enormen Motivationsaspekt, gesünder zu leben und wir haben Möglichkeiten, die Daten positiv einzusetzen, wie sie z.B. dem Arzt zur Verfügung zu stellen. Ob mit oder ohne Tarif, unsere Daten werden ohnehin gesammelt. Wieso sollte man dann von seinen Daten nicht wenigstens finanziell profitieren?

Schlussrede der Opposition (Julius Trautmann)

Unser Ausgangspunkt in dieser Debatte ist die These, dass eine derartige Überwachung von Gesundheit ein zu hoher Preis für individuelle Tarife bei Krankenkassen ist.

Natürlich führt die Regierung die Motivation und Förderung von Gesundheit in der Bevölkerung und positive Effekte für die Wirtschaft wie Ersparnisse im Gesundheitssystem als Argumente auf. Unsere Argumente hingegen sind moralischer und prinzipieller Natur. Denn Gesundheit und Überwachung dürfen nicht in denselben Topf geworfen werden. Auch das mit der Freiwilligkeit ist so eine Sache. Denn die Folge dieser Entwicklung wäre ein sozialer Zwang, ein Mechanismus, der sich zunehmend auf alle auswirkt. Wer will schon sehen wie andere auf einmal weniger zahlen als man selbst, nur wegen einer Uhr am Handgelenk? Und wem soll hier überhaupt geholfen werden? Der nächste Automatismus, der in Gang gesetzt werden würde, ist noch größere soziale Ungleichheit. Wohlhabendere können es sich leisten, gesund zu leben, während arme oder weniger gut situierte Menschen die vergleichsweise überteuerten Tarife zahlen müssen. Selbst wenn sie eine Smartwatch tragen würden, müssten sie vermutlich immer noch mehr zahlen, aufgrund des schlechteren Gesundheitszustandes.

Unser zweites Hauptargument ist die digitale Überwachung durch Daten und die Gefahr des Missbrauchs dieser Daten. Wer ist denn tatsächlich dazu bereit, alles über sich und seinen Körper preiszugeben? Die totale Transparenz? Als wäre der digitale Fußabdruck eines jeden von uns im Internet nicht schon groß genug. Das Ende vom Lied ist ein vollkommenes demographisches Profil, das der Kontrolle und Überwachung durch den Staat, aber auch durch Unternehmen und Wissenschaft dient. So können die intimsten Eigenschaften schnell in die falschen Hände geraten. Und da

braucht auch niemand mit dem Stichwort der sogenannten Datensicherheit um die Ecke kommen. Schon heute jagt ein Datenskandal und Leak den nächsten, wenn jeder 15-jährige Schüler aus dem Haus der Eltern die Daten von Politikern und Prominenten hacken kann, wie sollen dann unsere Gesundheitsdaten ausreichend geschützt sein? Die Auswirkungen des Gesundheitszustandes gehen also weit über die Krankenkassen hinaus. Wie zuvor mit dem Beispiel an Tom illustriert, leben wir in einer Leistungsgesellschaft, die durch einen derartigen Konkurrenzdruck durch Gesundheit noch weiter vorangetrieben werden würde.

Abschließend gilt also zu sagen, der Zweck heiligt hier nicht die Mittel. Natürlich gibt es in der Theorie gewisse Vorteile, die in der Praxis jedoch nur für einen verschwindend geringen Teil der Bevölkerung positiv ausfallen und somit nur Einzelfälle darstellen würden. Im direkten Vergleich zu den von uns geschilderten vorhersehbaren, aber auch vielen unvorhersehbaren negativen Konsequenzen wäre es schlichtweg unverantwortlich, an Smartwatches gekoppelte Krankenkassentarife einzuführen. Die Dystopie eines panoptischen Gesundheitssystems würde Realität werden und wir müssten mit der Gewissheit leben, zu jeder Zeit einsehbar zu sein und kontrolliert werden zu können. Diese Vorstellung ist eine völlige Fehlorientierung unseres Gesundheitssystems und tritt den ursprünglichen Sinn des Sozialwesens mit Füßen. Es geht schließlich immer noch um Solidarität und nicht um Fitness-Fairness. Der Staat muss positivere Anreize für einen gesunden Lebenswandel schaffen, die ohne eine völlige Überwachung seiner Bürger möglich sind.

Anmerkungen

- 1 Exemplarische Regelwerke finden sich z.B. unter: URL: https://www.streitkultur. net/debatte/#regeln [Letzter Zugriff am 20.08.2019].
- Weitere Debatten zum Themenfeld Überwachung von nationalen bzw. internationalen Spitzenteams im Debattiersport findet man in Videoform beispielsweise zur digitalen Klarnamenpflicht (Finale Campus-Debatte Tübingen 2018, URL: https://www.youtube.com/watch?v=Mxww9ZdhfBw [Letzter Zugriff am 20.08.2019]) und zur Metadaten-Verstaatlichung (Finale Europameisterschaft 2016, URL: https://www.youtube.com/watch?v=9Y6WKhKcFkg [Letzter Zugriff am 20.08.2019]).

Literatur

Anonym (2016). Wenn die Krankenkasse Ihre Fitness-App mitliest. *Die Welt* 05.04.2016. URL: https://www.welt.de/gesundheit/article154004816/Wenn-die-Krankenkasse-Ihre-Fitness-App-mitliest.html [Letzter Zugriff am 06.08.2019].

Austin, Patrick Lucas (2019). This Health Insurance Giant Wants to Pay for Your Apple Watch. *Time Magazine* 29.01.2019. URL: https://time.com/5515510/apple-aetnawatch-insurance/ [Letzter Zugriff am 06.08.2019].

- Batson, C. Daniel (2009). Two Forms of Perspective Taking. Imagine How Another Feels and Imagining How You Would Feel. In: Keith D. Markman, William Martin Klein und Julie A. Suhr (eds.). *Handbook of Imagination and Mental Simulation*. New York: Psychology Press, 267–279.
- Kemmann, Ansgar (2006). Debatte als didaktischen Instrument. In: Olaf Kramer (ed.): *Rhetorik der Debatte*. Tübingen: Max Niemeyer, 55–67.
- Kramer, Olaf (2006). Konflikt statt Konsens? Die Debatte als Medium politischer Kommunikation und das universalpragmatische Ideal der rationalen Verständigung. In: Olaf Kramer (ed.). *Rhetorik der Debatte*. Tübingen: Niemeyer, 68–82.
- Maxwill, Peter (2019). Wir schweigen die Demokratie zugrunde. Spiegel Online 21.07.2019. URL: https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/streitkultur-und-demokratiewie-wir-sie-zugrunde-schweigen-a-1261127.html [Letzter Zugriff am: 05.08.2019].
- Schmitz, Gregor Peter (2019). Unsere Debattenkultur ist überdreht. *Augsburger Allgemeine* 02.08.2019. URL: https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Unsere-Debattenkultur-ist-ueberdreht-id55079276.html [Letzter Zugriff am: 05.08.2019].
- Werner, Kathrin (2019). Streit tut gut! Süddeutsche Zeitung 18.05.2019. URL: https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/debatten-kuehnert-thunberg-1.4451063 [Letzter Zugriff am 05.08.2019].

Sven Jentzsch, Franziska Sieb, Frederica Tsirakidou, Martin Möller, Alexander Danner, Berit Stier und Julius Trautmann Eberhard Karls Universität Tübingen Institut für Medienwissenschaft Wilhelmsstr. 50 D-72074 Tübingen

E-Mail: klaus.sachs-hombach@uni-tuebingen.de